

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 70

Artikel: Kolumbien : was für ein Frieden für wen?
Autor: Zimmermann, Yvonne
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-781008>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kolumbien: Was für ein Frieden für wen?

Kolumbiens Geschichte ist von Bürgerkriegen und bewaffneten Konflikten geprägt – dies schon lange Zeit bevor die Guerillaorganisationen entstanden, die im Zentrum der aktuellen Friedenssuche im jüngsten bewaffneten Konflikt stehen. Diese Guerillas bildeten sich vor etwas mehr als fünf Jahrzehnten in einem politischen und sozialen Konflikt im Land, der bis heute andauert. Zu diesem gehört die ungerechte Landverteilung: Kleine Landparzellen ermöglichen den Bäuer*innen kaum das Überleben, demgegenüber besitzen die grössten 0,1 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe durchschnittlich 17 000 Hektaren Land und verfügen über beinahe sechzig Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Seit Kolonialzeiten werden natürliche Ressourcen und Agrarprodukte aus Kolumbien exportiert (Öl, Gold, Kohle, Kaffee, Bananen etc.), derweil lebten noch im Jahr 2014 fast dreissig Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die Opposition gegen diese Oligarchie wurde mittels politischer Morde und Einschüchterungen immer wieder geschwächt. Ab den 1960er-Jahren entstanden verschiedene Guerillaorganisationen – die bekanntesten davon sind die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc-EP) und die Nationale Befreiungsarmee (ELN). In der Folge traten verstärkt paramilitärische Gruppen auf den Plan, die, oft in Verbindung mit staatlichen Sicherheitskräften agierend, grausame Massaker verübt und Vertreibungen verursacht haben. Zu den Profiteuren ihres Terrors gehören ausser der herrschenden Oligarchie auch multinationale Unternehmen, beispielsweise wenn radikale Gewerkschaften durch politische Morde geschwächt werden. Kolumbien hält einen traurigen Rekord in diesem Bereich: Rund 3000 Gewerkschafter*innen sind in den vergangenen Jahrzehnten ermordet worden, Menschenrechtsverteidiger*innen sind ebenfalls von Einschüchterungen, Drohungen, Übergriffen und Morden betroffen. Heute leben im Land bei einer Bevölkerung von 48,6 Millionen Menschen etwa 7,2 Millionen Binnengeflüchtete.¹ Viele weitere Menschen sind ins Ausland geflüchtet.

Auch die USA sind am oftmals als «interner Konflikt» bezeichneten Krieg beteiligt: ab dem Jahr 2000 mit dem «Plan Colombia», der unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung die Aufstandsbekämpfung finanzierte und mit Ausbilderinnen und Söldnertruppen direkt unterstützte.

2012 haben Regierung und Farc-EP offiziell Friedensverhandlungen aufgenommen – ein Eingeständnis, dass mit der Weiterführung des Konflikts weder die militärische Unterwerfung der Guerilla noch die Machtergreifung via bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Die Gespräche mündeten 2016 in einem Friedensabkommen, welches im Oktober desselben Jahres an der Urne äusserst knapp abgelehnt und in der Folge nachverhandelt wurde. Seit Anfang 2017 wird das abgeänderte Abkommen umgesetzt. Seit diesem Zeitpunkt hat die Regierung auch mit der ELN Friedensgespräche aufgenommen. In beiden Verhandlungen wird deutlich, dass verschiedene Visionen von Frieden bestehen: Während die Regierung in erster Linie ein Ende des bewaffneten Konflikts und die Demobilisierung der Guerillas anstrebt, suchen diese nach Möglichkeiten, mittels Verhandlungen die Bedingungen für die notwendigen gesellschaftlichen Transformationen zu schaffen, um die Ursachen des bewaffneten Konflikts zu beseitigen. Soziale Bewegungen fordern gleichzeitig die Beendigung des sozialen und politischen Konflikts und verlangen, dass dafür ein breiter Dialog mit der gesamten Gesellschaft stattfinden muss.

Frieden heisst Ursachen des Konflikts beseitigen

Buenaventura, die wichtigste Hafenstadt Kolumbiens, bleibt im Mai 2017 während dreier Wochen blockiert. Hunderttausende Afrokolumbianer*innen fordern ein Ende von Rassismus, Armut und struktureller Gewalt, den Zugang zu Trinkwasser, Gesundheitsversorgung, Bildung und vor allem: Sicherheit. Die Region am Pazifik zählt zu den ärmsten im Land und ist stark vom bewaffneten Konflikt betroffen. Sie weist landesweit die grösste innerstädtische Vertreibungsrate auf. Die Gewalt hat seit der Privatisierung des Hafens in den 1990er-Jahren zugenommen: Menschen werden gewaltsam aus ihren Vierteln vertrieben, um den Ausbau des Hafens voranzutreiben. Laut einem Bericht des Centro Nacional de Memoria Histórica sind 160 000 von insgesamt 400 000 Einwohner*innen dieses Verwaltungsbezirks als Opfer des bewaffneten Konflikts anerkannt.²

Nachdem die Zentralregierung ab Ende Mai zunächst mit brutaler Repression und Gewalt auf die Proteste der Bevölkerung Buenaventuras reagiert und mindestens sechs Anwohner*innen (darunter vier Kinder) ums Leben gekommen sind, lenkt die Regierung nach drei Wochen Blockade und einem wirtschaftlichen Verlust in der Höhe von rund achtzehn Millionen Euro ein und macht Zusagen für Investitionen in den öffentlichen Sektor.

Die Proteste der Afrokolumbianer*innen sind nur ein Beispiel einer wachsenden Mobilisierung und eines Wiedererstarkens sozialer Bewegungen. Die Beteiligten fordern mit ihren Protesten ein, was aus ihrer Sicht für die Schaffung von Frieden nötig ist. Ihre Mobilisierungen situieren sich in einem Frie-

densprozess, in welchem die Regierung den Fokus auf das Ende des bewaffneten Konflikts zwischen Guerilla und Armee legt. Es muss befürchtet werden, dass sie damit den Weg für Investitionen in bisher von den Aufständischen kontrollierten Regionen frei machen will, um dort agroindustrielle, Bergbau- und Energieprojekte voranzutreiben. Die sozialen Bewegungen machen demgegenüber klar, dass Frieden nicht lediglich Abwesenheit des bewaffneten Konflikts bedeutet. Vielmehr müssen dessen Ursachen beseitigt werden. Dazu gehören die ungerechte Landverteilung, Armut, schlechte Bildungsmöglichkeiten oder fehlende Gesundheitsversorgung für einen grossen Teil der Gesellschaft. Die sozialen Bewegungen fordern einen breit abgestützten landesweiten Dialog, unter Einbezug derjenigen Sektoren der Gesellschaft, deren Stimmen in den Sphären der politischen Entscheidungsfindung und Macht nicht wahrgenommen werden.

Der Congreso de los Pueblos, ein Zusammenschluss sozialer Bewegungen, hat im Oktober 2015 zusammen mit Frauenorganisationen, Kleinbäuer*innenbewegungen, Afrokolumbianer*innen, Indigenen, Studierenden und Gewerkschaften zu einem «sozialen Verhandlungstisch» aufgerufen. «Das Land bedarf einer breiten politischen Reform, deren wesentliche Komponente die Umsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Bevölkerung ist. Dies ist nur möglich durch die direkte, bindende und entscheidende Partizipation der Gesellschaft», so das Bündnis in seinem Aufruf.³

Es versteht sich von selbst, dass bei solchen Diskussionen die wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten und das dahinterstehende Wirtschaftsmodell zur Debatte stehen müssen. Dies gilt insbesondere für die immer rasanter fortschreitende kapitalistische Inwertsetzung von Land und natürlichen Ressourcen, die den bäuerlichen, afrokolumbianischen und indigenen Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen entzieht, die Biodiversität zerstört und mittels Vertreibungen zum weiteren Anschwellen der städtischen Armutsgürtel führt. In erster Linie betrifft dies den Minen- und den Energiesektor, die von Präsident Juan Manuel Santos zu Wirtschaftslokomotiven erklärt wurden. Santos' Regierung hat (wie auch schon die Vorgängerregierung) Bergbaulizenzen im Schnellzugstempo erteilt, sodass ganze Landstriche von Konzessionen überzogen sind und Minenkonflikte vielerorts zugenommen haben. Für den Präsidenten steht das wirtschaftliche und politische Modell erklärtermassen ausser Diskussion und er hat es aus den mit den Guerillaorganisationen vereinbarten Gesprächstraktanden ausgeklammert.⁴ Auch den Einbezug der Bevölkerung in den Friedensprozess versucht er möglichst gering zu halten. Deutlich sichtbar wird dies in den Verhandlungen mit der ELN: Dort wurde zwar Partizipation als erster Verhandlungspunkt festgelegt, die Regierung versucht aber, andere Verhandlungspunkte vorzuziehen. So kommen die Gespräche kaum vom Fleck.

Zunehmende Gewalt gegen soziale Bewegungen

Das Friedensabkommen zwischen Regierung und Farc hat insbesondere bei den am meisten vom Konflikt betroffenen Bevölkerungsteilen Hoffnungen geweckt – bei diesen erhielt das Abkommen im Plebiszit vom 2. Oktober 2016 deutliche Zustimmung. Mittlerweile wird der Friedensprozess von vielen Befürchtungen begleitet. Die Regierung hat ihren Teil der Umsetzung des Abkommens teilweise verzögert oder gar nicht erfüllt. So waren etwa die Übergangszonen, in denen sich die Farc-Kämpfer*innen besammelten, um den Übergang ins zivile Leben vorzubereiten, schlecht ausgestattet, die Essens- und Medikamentenversorgung war ungenügend oder verspätet.⁵

Verhandlungsergebnisse wurden während der Diskussionen im Senat und im Repräsentantenhaus weiter abgeschwächt. So geschah es auch mit der Sonderjustiz: Dort wurde beispielsweise die Möglichkeit gestrichen, zivile Personen und Unternehmen, die paramilitärische Gruppen direkt oder indirekt finanziert haben, zu verurteilen und zu bestrafen. Nur wenn eine aktive und bestimmende Rolle in einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewiesen wird, kann die Sonderjustiz gegen zivile Personen und Unternehmen vorgehen. Damit werden Ermittlungen gegen Unternehmen von vornherein ausgeschlossen. Dabei ist spätestens seit den Aussagen von Paramilitärs⁶ bekannt, dass über 120 Unternehmen Verbindungen mit Paramilitärs unterhielten, Zahlungen an diese leisteten und über deren Verbrechen Bescheid wussten. Weiter sollen die Kommandoverantwortlichen bei von Militärs begangenen Menschenrechtsverletzungen nur beschränkt belangbar sein. Es muss befürchtet werden, dass sie straflos ausgehen.

In zuvor von den Farc kontrollierten Territorien haben die Präsenz von paramilitärischen Gruppen und die Einschüchterungen gegen die Bevölkerung zugenommen. Am blutigsten manifestiert sich dies entlang der Pazifikküste, etwa im Chocó, wo es zu erneuten Vertreibungen gekommen ist. Die dort stationierte Armee war lange untätig und hat erst nach Gefechten zwischen den paramilitärischen Gruppen und der ebenfalls präsenten ELN eingegriffen. Gemäss einer Mitteilung der ELN evakuierten Armeeangehörige verletzte Kämpfer*innen der paramilitärischen Gruppen in städtische Gebiete und boten Anwohner*innen im Norden des Chocó sowie Ex-Guerilleros der Farc zehn Millionen Pesos an, wenn sie sich den paramilitärischen Gruppen anschliessen.⁷

Auch Drohungen, Übergriffe und Attentate gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Führungspersonen sozialer Bewegungen haben seit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Regierung und Farc erschreckend zugenommen. Betroffen sind in erster Linie Menschen, die sich für die Umsetzung des Abkommens einsetzen, Vertreter*innen sozialer Bewegungen und Landrechtsverteidiger*innen. Gemäss der NGO Indepaz wurden im vergangenen Jahr 117 soziale Führungspersonen und Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet.⁸ Auch die Sicherheitssituation für ehemalige Farc-Kämpfer*innen und

ihre Familien ist kritisch: 2017 wurden zwischen Januar und Mitte August elf Mitglieder der Farc und in weiteren elf Fällen ihre Familienangehörigen umgebracht.⁹ Die Morde und Drohungen wecken Erinnerungen an den «politischen Genozid» an der Partei Unión Patriótica, die 1985 als Ergebnis der Friedensverhandlungen zwischen den Farc und dem damaligen Präsidenten Belisario Betancur entstand. Die Partei erzielte teilweise grosse Wahlerfolge, wurde aber in der Folge praktisch ausgelöscht: Circa 3500 ihrer Mitglieder und Vertreter*innen wurden ermordet, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten. Menschenrechtsorganisationen fordern jetzt dringend Schutzmassnahmen für die politische Opposition.

Aktuell ist kein Wille der Regierung erkennbar, paramilitärische Gewalt systematisch und konsequent zu bekämpfen – was für einen erfolgreichen Friedensprozess unabdingbar wäre. Der kolumbianische Verteidigungsminister Luis Carlos Villegas behauptete im Januar 2017 gar, dass keine paramilitärische Gruppen existierten. Die Regierung spricht schon lange lieber von kriminellen Banden (BACRIM), was die systematische politische Gewalt gegen Linke und soziale Bewegungen völlig ausblendet. Nach wie vor besteht Straflosigkeit in den meisten Fällen von paramilitärischen Drohungen, Übergriffen und Morden.

Zusätzlich zu den Drohungen gegen soziale Bewegungen hat auch deren Kriminalisierung zugenommen. Im März 2017 wurden in der Region Sur de Bolívar ein Dutzend Personen festgenommen und in den Medien als «mutmassliche Unterstützer der ELN» vorgeführt. Bei drei der Verhafteten handelt es sich um in der Region bekannte Führungspersonen sozialer Bewegungen.¹⁰ Monate später wurde publik, dass gegen die federführende Staatsanwältin wegen Korruption und Begünstigung von Paramilitärs ermittelt wird.¹¹

Mit gezielten Verhaftungen von Führungspersonen sollen die sozialen Bewegungen geschwächt werden. Die «falsos positivos judiciales», d. h. falsche Treffer durch gerichtliches Vorgehen, sind nichts Neues: Immer wieder sind auf konstruierten Anschuldigungen basierende Haftbefehle gegen soziale Aktivist*innen erlassen worden und diesbezügliche Festnahmen erfolgt. Erst Jahre später kommt es zu Freisprüchen oder Rückzügen der Anklage. In der aktuellen Situation ist dies von besonderer Bedeutung, weil sich die sozialen Bewegungen aktiv in den Friedensprozess einbringen und diesen mitgestalten wollen.

Und die Gespräche mit der ELN?

Währenddessen finden in Quito seit Februar 2017 Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der zweitgrössten Guerilla, der ELN, statt. Sie kommen jedoch nur schleppend voran. Der wohl interessanteste Punkt der vereinbarten Gesprächsagenda betrifft die Mitbestimmung der Gesellschaft am Friedensprozess. Der Einbezug der Gesellschaft soll, so die Guerillaorganisation,

zu einem umfassenden Frieden führen, der soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und ein Leben in Würde ermöglicht. Dabei hält die ELN fest, dass sie nicht anstelle der Gesellschaft verhandeln kann, aber zur Entstehung eines Raumes beitragen will, in welchem solche Verhandlungen unter Einbezug aller Sektoren stattfinden. In Sachen Einbezug der Gesellschaft bestehen allerdings unterschiedliche Vorstellungen: Die Regierung geht von einer Anhörung einiger Vertreter*innen ausgewählter Organisationen aus. Die ELN will, dass sich Frauenorganisationen, Bäuer*innenbewegungen, Gewerkschaften, Migrant*innen, Indigene und Afrokolumbianer*innen, Gefangene, Vertreter*innen von LGBTQ (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer), Opfervereinigungen, aber auch Unternehmer*innen und Institutionsvertreter*innen nicht nur einbringen, sondern selbst definieren, wie Partizipation wirkungsvoll umgesetzt werden kann, damit sie verbindliche Resultate zeigt.

Zu den stetigen Verzögerungen der Gespräche kommt als weiterer Unsicherheitsfaktor hinzu, dass im Mai 2018 Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Anwärter für das Amt bringen sich bereits in Stellung. Bisher räumt nur einer der wahrscheinlichen Kandidaten dem Friedensprozess den nötigen Stellenwert ein. Dabei handelt es sich um den Chefunterhändler der Regierung in den Verhandlungen mit den Farc, dessen Wahlchancen als eher gering einzustufen sind. Der rechte Ex-Präsident Alvaro Uribe kündigte derweil an, dass, wenn einer seiner Kandidaten die Wahlen gewinne, das Abkommen mit den Farc «modifiziert» würde.¹² Vor diesem Hintergrund ist äusserst unklar, ob die zukünftige Regierung auf eine Weiterführung der Verhandlungen und ein Friedensabkommen mit der ELN setzt oder wieder verstärkt deren militärische Unterwerfung anstrebt. Abgesehen vom befristeten Waffenstillstand ab Oktober 2017 ist die militärische Bekämpfung auch während der bisherigen Verhandlungen nicht ausgesetzt worden. Die Regierung Santos hat die Militärausgaben trotz des laufenden Friedensprozesses für 2018 auf umgerechnet elf Milliarden US-Dollar (vierzehn Prozent des Gesamtbudgets) erhöht.

Die Bevölkerung fordert Mitbestimmung

Während es unklar ist, ob, wie und in welchem Zeithorizont die Partizipation breiter Gesellschaftskreise als Resultat aus den Verhandlungen zwischen Regierung und ELN hervorgehen wird, fordern soziale Bewegungen ihren Einbezug in sie betreffende Entscheidungen ein. Sie fordern damit die für Frieden unabdingbare Demokratisierung der Gesellschaft. Besonders deutlich wird die Forderung nach Demokratisierung bei der Ausbeutung von Rohstoffen, welche zu Vertreibungen, Militarisierung, Paramilitarisierung der betroffenen Gegenden und damit einhergehenden sozialen Konflikten geführt hat. Die Zentralregierung hat bisher wie selbstverständlich Minenkonzessionen an Konzerne vergeben, ohne

die Betroffenen zu informieren, geschweige denn zu konsultieren. Nun fordern Anwohner*innen, oft Kleinbäuer*innen, ihr Recht auf Mitbestimmung ein. Vorreiterin ist die Gemeinde Cajamarca im bergigen Departement Tolima, in welchem eine der weltweit grössten Tagebaugoldminen, La Colosa, errichtet werden soll. Die Bevölkerung Cajamarcas wehrt sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch dieses Projekt, für welches ganze Berge abgetragen würden. Als Resultat ihres Widerstands wurde im März 2017 eine Consulta Popular durchgeführt, eine Volksabstimmung, in welcher die Stimmberechtigten sich für oder gegen die geplante Mine äussern konnten. Obwohl Minenbefürworter*innen alles unternahmen, um die Leute von einer Stimmabgabe abzuhalten, haben genügend Menschen ihre Stimme abgegeben, um das Quorum zu erreichen. Die Minenbefürworter*innen erlitten mit 98 Prozent Nein-Stimmen eine vernichtende Niederlage. Seither sind in Gemeinden anderer Departemente ebenfalls Consultas Populares mit ebenso eindeutigen Resultaten durchgeführt worden, zahlreiche weitere sind geplant. Die von Minenprojekten oder Erdölförderung betroffene Bevölkerung hat in der Volksbefragung ein Instrument erkannt, mit dem sie sich einbringen und Mitbestimmung einfordern kann. Damit leitet sie eine Demokratisierung von Entscheidungen als Teil der nötigen gesellschaftlichen Transformationen ein, denn eine Ablehnung von Bergbauprojekten durch die Bevölkerung muss, so ihre Forderung, respektiert werden. Die Zentralregierung unternimmt demgegenüber alles Mögliche, um Auswirkungen von Volksabstimmungen zu verhindern. Dies, obwohl das Verfassungsgericht im vergangenen Jahr Entscheide von Gemeinden für oder gegen Bergbau auf ihrem Gebiet für verbindlich erklärt hat.

Unterdessen setzen Rohstoffkonzerne Druck auf. So rechnet der südafrikanische Bergbaumulti AngloGold Ashanti vor, dass der Region Cajamarca Arbeitsstellen und Investitionen verloren gehen, wenn er das Megaprojekt La Colosa nicht umsetzen kann.¹³ In seiner Rechnung bleiben Tausende Kleinbäuer*innen unerwähnt, die infolge des Minenprojekts ihre Lebensgrundlage verlieren würden. Der US-amerikanische Erdölkonzern Hupecol verklagt Kolumbien derweil vor dem Internationalen Schiedsgericht für Investitionsstreitigkeiten (ICSID) und verlangt eine immense Schadenersatzsumme, weil er seine Explorationslizenz verlor, als das in der Nähe liegende, ökologisch wertvolle Gebiet Caño Cristales unter Naturschutz gestellt wurde.

Wenn die von Bergbauprojekten betroffene Bevölkerung ihre Ablehnung äussert, stehen die zerstörerischen Auswirkungen solcher Projekte im Vordergrund. Gleichzeitig zeigen die Betroffenen auf, dass Alternativen zur forcierten Bergbaupolitik der Regierung sehr wohl möglich sind. An ihren Vernetzungstreffen skizzieren sie Visionen für die Region und das Land und diskutieren, welche Veränderungen für einen umfassenden Frieden nötig sind. Zentrale Themen sind dabei immer wieder der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung für alle, die Anerkennung der Existenz von Kleinbäuer*innen sowie die Möglichkeit der

Vermarktung ihrer Produkte. Es geht aber auch um den Schutz der Umwelt, insbesondere des Wassers als Grundlage des Lebens.

Für die vom Konflikt betroffenen Regionen heisst Frieden nicht Abwesenheit von Guerillaorganisationen. An zahlreichen regionalen Friedensforen haben die Teilnehmer*innen über ihre Identität als Kleinbäuerinnen oder als Kleinmineure und über ländliche Wirtschaft gesprochen, über gentechnisch verändertes Saatgut, das ihre Existenz bedroht, über soziale Gerechtigkeit. Die Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte muss Teil des Friedens sein. Die Einforderung dieser Rechte sowie der Aufbau von Alternativen zum bestehenden politischen und wirtschaftlichen Modell dürfen nicht mit Gewalt und Einschüchterungen beantwortet werden. Wirtschaft und Politik müssen demokratisiert werden und sich auf die Bevölkerung, nicht auf Konzerne oder die Oligarchie ausrichten.

Anmerkungen

- 1 Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), 2017: Global Report 2017. www.internal-displacement.org/assets/publications/2017/20170522-GRID.pdf (Abfrage: 28.9.2017).
- 2 Informe del Centro Nacional de Memoria Histórica, 2015: Buenaventura. Un Puerto sin comunidad. Bogotá, 213f.
- 3 Übers. d. Autorin. Im Original: Mesa Social Para La Paz, 2015: Llamamiento a fortalecer la participación de la sociedad en los diálogos de paz. mesasocialpaz.wordpress.com/2015/10/28/llamamiento (Abfrage: 28.9.2017).
- 4 Rebollo, Esther, 2012: Santos: El modelo económico y político no está en discusión con las Farc. In: Semana, 16.11. www.semana.com/nacion/articulo/santos-el-modelo-economico-politico-no-esta-discusion-farc/267919-3 (Abfrage: 28.9.2017).
- 5 Yee Meyberg, Adriana, 2017: «Ängste habe ich keine». Interview mit dem Farc-Guerillero Rolando Cauca. In: Lateinamerika Nachrichten, Nr. 516, 515, 14.
- 6 Das Sondergesetz 975 (Ley de Justicia y Paz) wurde 2005 für den Demobilisierungsprozess der paramilitärischen Dachorganisation AUC erlassen. Nur ein Bruchteil der Paramilitärs fiel unter das Gesetz, die grosse Mehrheit blieb straffrei. Paramilitärs, die über ihre Gräueltaten Aussage machten, wurden mit maximal acht Jahren Gefängnis bestraft, auch für Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- 7 ELN, 2017: 47 Bajos A Paramilitares Y Militares En Río Truandó, Chocó. www.eln-voces.com/index.php/voces-del-eln/frentes-de-guerra/occidental/1073-47-bajas-a-paramilitares-y-militares-en-rio-truando-choco (Abfrage: 1.9.2017).
- 8 Perafán, Leonardo González, 2017: Informe anual sobre líderes de organizaciones sociales y defensores de derechos humanos asesinados en el 2016. In: Indepaz, 3.2. www.indepaz.org.co/7091/informe-anual-sobre-lideres-de-organizaciones-sociales-y-defensores-de-derechos-humanos-asesinados-en-el-2016 (Abfrage: 1.9.2017).
- 9 Indepaz, 2017: Radiografía: Integrantes de las Farc y familiares asesinados en lo corrido del 2017. In: Indepaz, 15.4. www.indepaz.org.co/7621/radiografia-integrantes-de-las-farc-y-familiares-asesinados-en-lo-corrido-del-2017 (Abfrage: 1.9.2017).

- 10 Colombia Informa, 2017: Rechazan ola de detenciones en sur de Bolívar. In: Colombia Informa, 22.3. www.colombiainforma.info/rechazan-ola-de-detenciones-en-sur-de-bolivar (Abfrage: 1.9.2017).
- 11 Moreno, José David Escobar, 2017: El caso judicial de la líder social Milena Quiroz. In: El Espectador, 2.8. www.elespectador.com/noticias/judicial/el-caso-de-milena-quiroz-articulo-706239 (Abfrage: 1.9.2017).
- 12 America Economica, 2017: Uribe basa la próxima contienda electoral en revisar el acuerdo de las Farc. In: America Economica, 21.6. www.americaeconomica.com/noticia.php?id=24718 (Abfrage: 1.9.2017).
- 13 AngloGold Ashanti Colombia, 2017: Comunicado Abril 2017. static.iris.net.co/sostenibilidad/upload/documents/comunicado-colosa.pdf (Abfrage: 1.9.2017).

Friedensprozess in Kolumbien

Soziale Bewegungen kämpfen für Mitbestimmung



Wir unterstützen sie darin

SOLIFONDS.CH
PC 80-7761-7

Beiträge
zu Religion
und
Sozialismus

Neue Wege

Jetzt Probeabo
bestellen:
3 Nummern für Fr. 10.–

Neue Wege – in jeder Nummer aktuell, dank Autorinnen und Autoren, die etwas zu sagen haben:

7-8/2017: Arbeit am Frieden

Annemarie Sancar, Roman Berger, Louise Schneider

9/2017: EUropa – aber anders!

Andreas Gross, Anna Jihkareva, Boniface Mabanza Bambu

10/2017: 100 Jahre Russische Revolution

Bini Adamczak, Boris Kagarlitzky, Regina Elsner

11/2017: Theater und Religion

Rolf Bossart, Milo Rau, Stephanie Gräve, Laura Huonker

12/2017: Gefängnis: wegsperren, gnadenlos

1-2/2018: Feminismus und Theologie in Afrika

5/2018: 200 Jahre Karl Marx: Sozialismus und Religion

Probenummer / Abo: Neue Wege • Postfach 1106 • 8048 Zürich • info@neuewege.ch • www.neuewege.ch



EUROPA-MAGAZIN

EU-kritisch, ökologisch, sozial

Luternauweg 8, 3006 Bern

fax: 031 731 29 13

forum@europa-magazin.ch

<http://www.europa-magazin.ch>